Nr. 73 11. Februar 1971 10 Pf

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung

universität bochum und klinikum essen

Aktionsrat: Hochschultage-Resümee

Die Hochschultage der Assistentenschaft und der Studentenschaft sind Teil einer langfristigen Strategie, die darauf abzielt, die Formierungstendenzen auf Bundes- und Landesebene zu bekämpfen. Diese Formierungspolitik, deren letztes Produkt nach dem KMK-Papier das vorliegende Hochschulrahmengesetz ist, dient offensichtlich den Interessen der Großindustrie, wie u. a. die Stellungnahme des Deutschen Industrieinstituts in ihrer Kritik am Hochschulrahmengesetz bezeugt. Dem Organ der Industrie hat dieses Formierungsgesetz noch zu viele Ansatzpunkte zu einer Demokratisierung der Hochschule. Das macht den gemeinsamen Kampf aller Universitätsangehörigen, die diese Perspektive teilen, und die Zusammenarbeit mit allen entsprechenden Gruppen außerhalb der Universität (Schüler, Lehrer, Lehrlinge) immer notwendiger.

Auf Bundesebene sind mit der Reorganisation des VDS und dem gemeinsamen Kongreß von VDS, BAK und GEW die Voraussetzungen geschaffen worden für ein breites politisches Bündnis gegen die Politik der Monopole und ihrer Handlanger.

Auch in Bochum reagierten Studentenschaft und Assistentenschaft auf den Entwurf des Hochschulrahmengesetzes und den Bund „Freiheit der Wissenschaft" mit Vollversammlungen und Teach-ins. Die Aushöhlung und Lahmlegung der Verfassung der RUB durch das Rektorat, die den Minister zur Einsetzung des Staatskommissars veranlaßte, führte zur Einsetzung des von Studenten und Assistenten gebildeten Aktionsrates, der die Aufgabe hat, den Kampf gegen die Formierung langfristig zu vereinheitlichen und zu planen.
Um eine große Zahl von Studenten und Assistenten für diesen politischen Kampf zu gewinnen, führte der Aktionsrat gleichzeitig mit den meisten anderen Universitäten in Zusammenarbeit mit VDS und BAK die **Hochschultage vom 26. — 28. Januar** durch.

Verlauf der Hochschultage

Da die Voraussetzungen für große Aktionen an der RUB noch nicht gegeben sind, stand im Vordergrund die gründliche Information über die Bestrebungen der Rechtskräfte und die notwendige Diskussion über die Analyse der kapitalistischen Bildungspolitik sowie die dagegen einzuschlagende Strategie.
Zur **Podiumsdiskussion über „Freiheit der Wissenschaft — für wen?"** kamen 1000 Universitätsangehörige. Sie konnten sich von den reaktionären Thesen des Freiheitsbundes, ihrem Ziel der Herrschaftssicherung überzeugen und die Entlarvung des Prorektors Kamke erleben, der einer sog. zweckfreien Wissenschaft vehement das Wort redete und dabei die realen Interessen der Auftraggeber unterschlägt.

Das **Teach-in am Mittwoch** diente der intensiven Analyse der Hochschulgesetzgebung und der Aufklärung über Tendenzen und Widersprüche kapitalistischer Bildungsplanung. Die 500 anwesenden Universitätsangehörigen verabschiedeten eine Resolution, die die Notwendigkeit einer intensiven Informationskampagne zum Zweck einer langfristigen Mobilisierung hervorhob. Um auch die Bevölkerung aufzuklären über die Bildungsplanung der Herrschenden, wurde für Donnerstag zu einer Demonstration in der Innenstadt aufgerufen.
Professor Kamke wurde in einem von den Anwesenden verabschiedeten Brief aufgefordert, als Prorektor für Forschung zurückzutreten.

Die Uni-Vollversammlung am Donnerstag legte die Strategie für die weitere Arbeit in der Universität fest. Bei der Diskussion über die vom Aktionsrat vorgeschlagene Resolution stand die Mitbestimmungsfrage und der Stellenwert von Gremienpolitik im Vordergrund. Die Politik des Aktionsrates setzte sich eindeutig durch: Bei nur 18 Gegenstimmen von KSB/ML und Junger Garde stimmten die 500 anwesenden Universitätsangehörigen für die Resolution des Aktionsrates als **Grundlage für die Politik der nächsten Monate, die eine breite Mobilisierung der Basis durch zentrale und fachspezifische Informationskampagnen unter Einbeziehung der Gremienarbeit vorsieht.**
Im Anschluß an die Vollversammlung fand als Abschluß der Hochschultage eine **Demonstration** statt unter dem Thema: **„Statt Bildungsplanung im Dienst der Großindustrie — demokratische Bildungsplanung für die ganze Bevölkerung".** Ziel dieser Demonstration war es, die Bevölkerung anzusprechen und klarzumachen, daß die Regierungspolitik im Bildungssektor die gemeinsamen Interessen aller Schichten gefährdet.
Der Erfolg der Demonstration wurde durch das sektiererische Auftreten des KSB/ML sabotiert, der mit einem getrennten Marschblock hirnverbrannte Parolen losließ wie „Weg mit Strauß, Ulbricht, Brandt, alle Macht in Arbeiterhand" — „Gegen Faschismus und Sozialfaschismus" und damit die Bevölkerung total verwirrte. (Als die Vollversammlung über die Zulassung der Parolen des KSB/ML abstimmte, hatte er diese Parolen wohlweislich verschwiegen!)
Der Aktionsrat distanzierte sich in einer Presseerklärung von diesen Parolen, wobei in der Zeitung allerdings die Zielrichtung verfälscht wurde: Natürlich richtete sich die Demonstration gegen die Bildungspolitik der „sozialliberalen" Regierung, jedoch hauptsächlich gegen diejenigen Kräfte, die diese noch weiter nach rechts rücken wollen.

Arbeit in den Abteilungen

Es wäre falsch zu glauben, daß die Hochschultage Ziel in sich waren und die ca. 1500 Teilnehmer nun wieder in Ruhe lernen, lehren oder forschen sollen, bis der Aktionsrat mal wieder zur Aktion ruft.
Die Hochschultage waren kein Selbstzweck, sondern Auftakt zu konkreter politischer Arbeit auf Zentralebene und vor allen in den Abteilungen. Nur der gemeinsame Kampf für die Durchsetzung gemeinsamer Interessen kann verhindern, daß die reaktionären Inhalte der staatlichen Formierung in Bochum zur Anwendung kommen. **Auf der Vollversammlung wurde daher beschlossen, alle Initiativen hinzulenken, auf eine Zusammenfassung aller Kräfte besonders auf Abteilungsebene und auf eine gemeinsame Aktion (Streik) im Sommersemester.**
Konkret heißt das, daß die auf der Zentralebene begonnene Mobilisierung jetzt auf Abteilungsebene intensiv fortgesetzt werden muß und sich zu bewähren hat u. a. an

- Studienordnungen
- Prüfungsordnungen
- Abteilungssatzungen (Frage der Weiterarbeit der alten Fakultät)
- Personalstrukturreform

Aktion „Roter Punkt" gegründet!

Gegen Preiserhöhungen der Bogestra

Zunächst sah alles sehr klar aus: Am 21. 12. faßte der Aufsichtsrat die Situation in einem lapidaren Satz zusammen: „Der Aufsichtsrat der BOGESTRA kam . . . überein, daß ein Ausgleich der Verluste der Gesellschaft uns gleichzeitig durch eine finanzielle Hilfe der Städte . . . und einer angemessenen Erhöhung der Fahrpreise erfolgen kann. (Siehe BSZ vom 14. 1. 71.)
Der Zeitpunkt für diese Erklärung war gut gewählt, denn durch Semesterferien und Festtagsrummel blieb jede Reaktion von seiten der Öffentlichkeit aus; — man schien die regelmäßig wiederkehrende Tariferhöhungen des öffentlichen Nahverkehrs mit gleicher achselzuckender Selbstverständlichkeit hinzunehmen wie die Sonnenfinsternis.
Das wir es hier mit keinem Naturereignis zu tun haben; — daß Kostensteigerungen **nicht** auf die Preise abgewälzt werden dürfen, die auf die BOGESTRA angewiesen sind, dies wurde zum ersten mal im neuen Jahr am 13. 1. 71, dem Jubiläumstag der BOGESTRA deutlich ausgesprochen. Der AStA machte aus der Jubelfeier eine Trauerfeier, indem Vertreter der Studentenschaft durch Transparente und Reden auf die katastrophale Situation des öffentlichen Nahverkehrs hinwiesen (s. BSZ v. 14. 1.) und nun begann sich der Widerstand gegen die drohenden Fahrpreiserhöhungen zu regen. Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Freidemokraten, Kommunisten (DKP), die SMV's der Bochumer Schulen, sowie die Jugendvertretungen der großen Betriebe sprachen sich entschieden gegen die Absichten der BOGESTRA aus und kündigten Gegenmaßnahmen an.
Da vereinzelte Aktionen und Resolutionen wenig Chancen auf Erfolg bieten kam man überein, eine „Aktion Roter Punkt" in Bochum, Wattenscheid und Gelsenkirchen zu gründen, um das weitere Vorgehen besser koordinieren zu können.
*(in Fußnote die beteiligten Gruppen).
Einig waren sich alle Beteiligten, daß Aktionen gegen die zu erwartenden Fahrpreiserhöhungen nur dann sinnvoll sind, wenn sie auf Bund und Land Druck ausüben. Dieser Druck kann nur über die öffentlichen Verkehrsbetriebe selbst ausgeübt werden, da. h. nur wenn man die BOGESTRA kurzfristig materiell schädigt, beispielsweise durch die Blockade einer bestimmten Linie — wird man die Voraussetzung dafür schaffen, daß ihr langfristig geholfen wird. Tariferhöhungen führen nicht zu einer Gesundung des öffentlichen Nahverkehrs, sondern zu einem weiteren Absinken der Beförderungsquoten (in den letzten 10 Jahren 33 Prozent!).
Eine Hilfe kann also nur durch politische Entscheidungen herbeigeführt werden, die in Bonn und Düsseldorf zu fällen sind.
Streichung der Mehrwertsteuer und der Mineralölsteuer, das wären die ersten Schritte.
Nach jüngsten Informationen ist möglicherweise mit einer weiteren Verschiebung der Entscheidung zu rechnen, da die finanzielle Unterstützung aller Städte, die von der BOGESTRA bedient werden, noch immer nicht gesichert ist — und eben diese Unterstützung wurde ja als eine Bedingung für Tariferhöhungen genannt (s. o.).
Auch sind erhebliche Spannungen im Aufsichtsrat zwischen den Bochumer und Gelsenkirchener Mitgliedern aufgetreten.
Während Bochum gegen Fahrpreiserhöhungen zu stimmen bereit ist, (OB Claus Ende letzten Jahres: Tariferhöhungen kommen nicht in Frage) so hat Gelsenkirchen durch sein Votum für Erhöhungen bei den „vestischen Verkehrsbetrieben gezeigt", welchen Kurs man steuert.
Ob der Druck des Vorstands des DGB-Kreises Bochum/Wattenscheid und des SPD-Kreisverbandes, die sich entschieden gegen Fahrpreiserhöhungen ausgesprochen haben, ausreichen wird um Gelsenkirchen umzustimmen, muß bezweifelt werden. Die Aktion Roter Punkt hat sich auf Tariferhöhungen eingestellt. Die Bevölkerung wird seit der letzten Woche durch Flugblätter auf die zu erwartende Entwicklung aufgeklärt. Parallel dazu steht man in direkten Gesprächen mit der BOGESTRA.
Wichtig für uns Studenten wird sein, auch wenn wir von Tariferhöhungen nicht betroffen werden, solidarisch mit der betroffenen Bevölkerung gegen die Entscheidungen des Aufsichtsrats vorzugehen.
Über die konkreten Schritte am 15. und 16. 2.71 (Tag der Aufsichtsratsitzung) wird ein Extra-Flugblatt informieren. m.h.

***Aktionskomitee „Roter Punkt"**
Bisher haben sich angeschlossen: ÖTV — KJA, Jugendvertretung der Stadtverwaltung/Stadtwerke Bochum, Jugendvertretung der Adam Opel AG, DGB - Jugendgruppe, SDAJ Bochum, Jungsozialisten Bochum, Deutsche Jungdemokraten Bochum, Naturfreundejugend, „Die Falken", DKP Bochum, AStA der Ruhruniversität, AStA der Ingenieurschule für Maschinenbau, AStA der Ingenieurschule für Bergwesen, SMV der Berufsschulen, IG Druck und Papier.

Der AStA-Sozialreferent M. Holzach spricht bei der Bogestra

Wahlordnung verfassungswidrig

Prozeß um Wahlordnung verloren
Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat die Klage des Universitätsparlaments (UP) gegen die Aufhebung der Wahlordnung zum UP durch Rau erstinstanzlich abgewiesen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.
In einer kurzen mündlichen Begründung meinte das Gericht „im Namen des Volkes":
1. Die Regelung der Wahlordnung, nach der die Gruppen der Abteilungen Kandidaten zum Universitätsparlament aufstellen, die dann integriert, d. h. gemeinsam von allen Gruppen in der Abteilungsversammlung gewählt werden, verstoße gegen Art. 18 der RUB-Verfassung: „Mitglieder des Universitätsparlamentes sind . . . je ein Vertreter der Hochschullehrer . . . der Assistenten . . . der Studenten der Abteilungen". Das Gericht interpretierte diesen Artikel als Ausdruck eines reinen Gruppenrepräsentationsprinzips. Der von daher zwischen Verfassung und Wahlordnung bestehende Widerspruch rechfertigte die Aufhebung der Wahlordnung durch Rau.
Das Gericht hat mit dieser Entscheidung bewiesen, daß es das Hochschulgesetz von Nordrhein-Westfalen zum Maßstab und zur Interpretationsrichtschnur der Verfassung der RUB und der Wahlordnung macht. Dieses Hochschulgesetz nun sieht eine strenge Gruppenwahl vor. Demgegenüber stand in der Verfassung der RUB die „organisatorische Integration der Mitglieder der Universität im Vordergrund" (so Biedenkopf in der von ihm allein verfaßten Begründung zur Verfassung).
In der Verfassung der RUB wurde — um die Gruppenintegration zu ermöglichen — ausdrücklich von „Vertretern" (also nicht unbedingt: MITGLIEDERN; z. B.: Assistent als Vertreter der Studenten und umgekehrt) der Gruppen in den Universitätsorganen gesprochen. Dieser Begriff wird jetzt dazu benutzt, im Sinne des zeitlich nach der RUB-Verfassung beschlossenen Hochschulgesetzes aus der Verfassung ein „reines" Gruppenvertretungsprinzip herauszulesen. Dieses Prinzip schließe im Bereich der Organe der Gesamtuniversität eine qualifizierte integrierte Wahl aus.
2. Die Regelung der Wahlordnung über die Wahl der Vertreter des nichtwissenschaftlichen Personals wurde — weil nicht mehr entscheidungserheblich — nur erörtert. Das Gericht vertrat den Standpunkt, daß die Regelung der Verfassung rechtswidrig sein dürfte, derzufolge der Personalrat im Universitätsparlament saß; dem Personalrat dürften nur Aufgaben gemäß dem Landespersonalvertretungsgesetz zugewiesen werden.

Politische Entscheidung des Gerichts

Zuvor hatte das Gericht im gleichen Verfahren die Anordnung von Wahlen zum Universitätsparlament durch das Rektorat als „offensichtlich rechtswidrig" aufgehoben. Die Klage wurde vom UP zuletzt gegen den Minister gerichtet, weil die Beanstandung des Rektorats als Maßnahme einer Landesbehörde gilt — das Rektorat ist bei Rechtsaufsichtsmaßnahmen „verlängerter Arm des Ministers" und Landesbehörde, wie das Gericht sagt.

Das Gericht hat mit dieser Entscheidung einen nahezu einstimmigen Beschluß des Universitätsparlaments verworfen. Die Wahlordnung zum UP wurde von undoktrinären Professoren zusammen mit den BSU-Studenten und Assistenten im UP erarbeitet. Der zuvor vorgelegte Wahlordnungs-Entwurf der Studenten war nicht gruppenständisch, sondern demokratisch aufgebaut: **Er sah die Wahl aller UP-Vertreter in Vollversammlungen vor — entsprechend Art. 16 unserer Verfassung, der geheime, unmittelbare, freie und gleiche Wahl vorschreibt. Dieser Entwurf wurde von der Fraktion der Studenten im UP zugunsten eines Kompromisses aller Gruppen zurückgestellt.** Die neue Wahlordnung wurde dann auch unter Zustimmung aller vier Mitgliedsgruppen der Universität beschlossen.

Das Gericht hat durch sein Urteil das Ministerium unterstützt und bewirkt, daß

1. die staatliche Formierung der Hochschulen sich auch in diesem Einzelfall gegen den demokratischen Willen der Hochschule durchsetzte,
2. die Verfassung der RUB — bisher noch formales Hindernis der vollen Anwendung der reaktionären Inhalte der Hochschulgesetze — den Todesstoß erhielt: die Verfassung selbst wurde als rechtswidrig bezeichnet in bezug auf die UP-Vertretung des nichtwissenschaftlichen Personals.

Testfall Wahlordnung

Für die Studenten ist aus der an sich formalen Frage einer Wahlordnung zum Universitätsparlament ein Politikum geworden. Der Konflikt um die Wahlordnung, der vor Gericht politisch nicht gelöst wurde, ist zum Testfall studentischer Arbeit in Gremien geworden. Die neue Wahlordnung führte zum

- **Testfall für die Möglichkeiten des Universitätsparlaments,** des vom Anspruch her einzigen Reformorgans der Verfassung, Reform inhaltlich auch zu machen;
- **Testfall für die Haltung von Rektor und Senat,** die die Wahlordnung boykottierten, weil ihnen die Privilegien ihrer Kollegen alles gelten;
- **Testfall für das Ministerium,** das sich die Dummheit Faillards zunutze machte und über die Aufhebung der Wahlordnung die **Verfassung der RUB beseitigen** konnte und die Möglichkeit eines Staatskommissars erproben durfte;
- **TESTFALL BESONDERS FÜR DIE STUDENTEN,** denen dieser Streit um die Wahlordnung so klar wie überhaupt möglich und auf allen denkbaren Gremienebenen (UP, Senat, Rektorat, Staatskommissar, Minister, Gerichte, Vollversammlungen) gezeigt hat, **daß Gremienarbeit an sich nie Erfolge zeigen kann, sondern das Arbeit in den Gremien überhaupt nur dann sinnvoll sein kann, wenn die Gremien benutzt werden zur institutionellen Absicherung der studentischen Arbeit an der Basis und zur Mobilisierung der Studenten für den eigenen Kampf für die Durchsetzung ihrer materiellen Interessen.**

Dieses Ergebnis eines bescheidenen Anfangs einer rudimentären Konfliktsstrategie verweist die Studenten eindringlich darauf, daß es falsch ist, von Universitätsgremien praktische Vorteile für Studien- und Prüfungsbedingungen, Abteilungssatzungen u. ä. zu erwarten. Der Entscheidungsspielraum der Universität ist zudem durch das Hochschulgesetz-NRW und das kommende Hochschulrahmengesetz dermaßen eingeschränkt, daß nur die selbständige Arbeit der Studenten verhindern kann, daß die reaktionären Inhalte der Hochschulgesetze in Bochum Anwendung finden.

Deshalb: Arbeitet in den Abteilungen für die demokratische Studien- und Prüfungsordnungen, für Einfluß auf das Lehrangebot, auf Berufungen! Die Verfassung der RUB ist tot — es geht um verstärkte Arbeit in den Abteilungen, um die inhaltlichen Bestimmungen der Hochschulgesetze abzuwehren.
rze-jb

Öffentliche Senatssitzung heute, 15 Uhr, IB 02/73

Nachdem der Rektor schon zwei Senatssitzungen nach hergestellter Öffentlichkeit platzen ließ, bedient er sich dieses Mal sogar der Klassenjustiz: Er erwirkte beim Landgericht Bochum eine einstweilige Verfügung gegen drei Studenten, wodurch diesen untersagt wird, die heutige Senatssitzung zu „stören" oder zu „Störungen" aufzurufen.

Mit einer anderen einstweiligen Verfügung gegen AStA und BSZ ging Faillard jedoch baden. Wir dürfen daher heute noch noch dazu aufrufen, im Senat die Öffentlichkeit herzustellen, um die politisch notwendige Transparenz dieses Gremiums zu erreichen.

SP-Haushalt doch verabschiedet

Nach eingehender Prüfung kann der SP-Haushalt doch als verabschiedet gelten, da im dritten Wahlgang doch „nur" eine qualifizierte Mehrheit notwendig ist (29 Stimmen), die in der SP-Sitzung dicke erreicht wurde.

NC für Mediziner

Medizinstudenten brauchen nicht nur einen Studienplatz zum Studienbeginn — sie brauchen nach dem Physikum auch einen Studienplatz an einem Klinikum.
Bislang war dies kein Problem, denn es wurden nur „ausreichend wenig" Studentinnen und Studenten zum Studium zugelassen; inzwischen „dürfen" jedoch aufgrund öffentlichen Drucks einige mehr Medizin studieren.
Doch die Zulassungsquote im Klinikum Essen liegt zur Zeit bei maximal 75 Studenten pro Semester (so Prof. Scherer — Dekan in Essen). In Bochum liegt die Studentenzahl des 3. Semesters jedoch schon jetzt bei 100, die des 1. bei 150; beide sollen aber bis 400 aufgestockt werden.
Dies bedeutet, daß nur ca. 20% der kommenden 400 Studenten nach dem „Physikum" ohne Zeitverlust weiterstudieren können! — Und was machen die restlichen 80%???
Der **erste** Numerus clausus (bei Studienanfang) ist ein Politikum, der **zweite** ein Zeichen für die bürokratische Impotenz und Inkompetenz der zuständigen Gremien.
Die Fachschaft Medizin beabsichtigt nicht, auch noch diesen 2. Numerus clausus untätig hinzunehmen.

Hustadtstudenten schlagen zurück

Zunächst hieß es: Alles bleibt beim alten. Keinem der etwa 200 Kommilitonen, die in der Hustadt wohnen, sollte gekündigt werden — keiner sollte in das Sammelgebäude an der Overbergstraße umziehen haben, wie ursprünglich vom Akafö geplant.
Doch dann, Mitte letzter Woche, meldete Melchers: **Die Studenten der Hustadt Nr. 59 und 61** (75 Personen) **müssen im April in die Overbergstraße,** angeblich damit 500 wohnungslose Unibedienstete untergebracht werden können.
Am letzten Montag legten die Hustadtstudenten eine einheitliche Vorgehensweise für das Treffen mit Akafö-Chef Melchers und Kanzler Seel am Mittwoch fest.
Die Kündigung, sollte sie ausgesprochen werden, wird von der Mehrheit nicht befolgt werden. Man ist nicht bereit, den 800 zimmersuchenden Kommilitonen, die heute auf der Warteliste des Akafö stehen und die einen berechtigten Anspruch auf das Studentenheim an der Overbergstraße haben, Wohnraum streitig zu machen.
Sollte es zu einem Rechtsverfahren kommen, so wird der Rechtsfond des AStA zur Verfügung stehen. m. h.

Schon belegt?
Unbedingt in dieser Woche noch
Belegen
Der Ausschlußtermin 31. 3. könnte wegen Vergeßlichkeit bzw. Überarbeitung des Sekretariats in die Hose gehen.

FREITISCHE
für Mensaessen vom 15. 4. bis 15. 7. können beantragt werden:
- **bei der Studentenschaft bis zum 8. 4.**
- **beim Akademischen Förderungswerk bis zum 15. 3.**
(für Neuimmatrikulierte bis zum 22. 4.)

EMANZIPATION -?

Die Stoßkraft des Mannes

Deine Frau – das unterdrückte Wesen

„Die Eigenart von Mann und Frau läßt eindeutig erkennen: das Treffen positiver Rechtsentscheidungen ist dem Manne gemäßer ... Im einzelnen befähigen ihn die Ratio seines Verstandes, die Stoßkraft seines Willens und die zupackende Kraft seines physischen Tuns, diese Gestaltung vorzunehmen, nach innen durchzusetzen und nach außen zu schützen. Besonders gelingt es seiner Sachlichkeit, Einheitlichkeit, Stetigkeit und dem Weitblick seiner Ratio, die Gemeinwohlmitte an die Situation anzupassen.“[1]) Wer die Aussage dieses Zitats als unzeitgemäß belächelt oder verurteilt, hat seinerseits eine mehr als unzeitgemäße Vorstellung über die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft und ihre Stellung im Bewußtsein des patriarchalischen Dogmas, das diese Gesellschaft beherrscht.

Frauen gelten immer noch als Untermenschen — das klassische Wort eines Goethe hat auch heute noch seinen Platz: „Dienen lerne beizeiten das Weib nach seiner Bestimmung.“ Bestimmung (Tradition) es war halt schon immer so, daß Mädchen zum Spielen Puppen und Kinderstuben in die Hand gedrückt gekamen, daß ihnen vorgehalten wurde, sie brauchten keinen Beruf, weil sie ja doch nur zum Verheiratetwerden und Kinderkriegen da seien, daß sie von Jugend an auf ein Frauenidol à la Brigitte (Parole: Dem Mann zu dienen, ist die schönste Aufgabe der **wirklichen Frau**) getrimmt wurden.

Es stellt sich die Frage, inwiefern die der Frau gegenüber höhere, bevorzugte Stellung des Mannes gerechtfertigt ist. Sind Frauen wirklich dümmer, weniger weitblickend, weniger fähig, rationelle Entscheidungen zu treffen, haben sie weniger die Fähigkeit, Wissen aufzunehmen, zu verarbeiten und zu erweitern — oder beruhen die Versuche, hierfür Beweise zu erbringen, lediglich auf dem Bemühen, einerseits eine einmal erworbene Stellung zu verteidigen, andererseits die herrschenden Verhältnisse zu rechtfertigen und zu stabilisieren?

Gleichberechtigung ... ?

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. — Niemand darf wegen seines Geschlechts ... benachteiligt oder bevorzugt werden.“ So steht es jedenfalls im Grundgesetz, Art. Nr. 3 Abs. 2 u. 3.

Daß es mit der Gleichberechtigung jedoch nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch längst nicht so weit her ist, wie es das Grundgesetz verkündet, zeigt das Ehe- und Familienrecht.

„Der Ehe- und Familienname ist der Name des Mannes“ (§ 1355 BGB). Dazu der Kommentar: **„Aus der Einheitlichkeit der Familie und der Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau folgt die Einheitlichkeit des Familiennamens, wobei der Sitte gemäß (sic!) die Frau den Familiennamen des Mannes führt.“**

Auch die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau, die der Frau Haushalt und Kinder, dem Mann die außerhäusliche Erwerbstätigkeit zuschreibt, ist gesetzlich verankert: „Die Frau führt den Haushalt in eigener Verantwortung. Sie ist berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist“ (§ 1356 Abs. 1 BGB). **„Die Ehegatten sind einander verpflichtet ... Die Frau erfüllt ihre Verpflichtung in der Regel durch die Führung des Haushalts“ (§ 1360 BGB). Dazu der Kommentar: „Diese Vorschrift stellt ... den natürlichen Wirkungsbereich (sic!) der Ehefrau klar ... Die Pflicht zur Haushaltsführung ist vorrangig.“**

Interessant auch die Haltung der Männer in bezug auf die beruflichen Aufstiegschancen der Frau: **„... während ein großer Teil der Befragten der Frau zwar prinzipiell gleiche Arbeits- und Aufstiegschancen zubilligt, wird diese Gruppe in allen Schichten verschwindend klein, wenn es sich um die Gleichberechtigung der eigenen Frau handelt; daß diese gleichviel verdient oder eine ähnlich oder gar höhere Position einnimmt, wird fast durchwegs abgelehnt.“[2]**

Sexuelle Unterdrückung

Die sexuelle Unterdrückung der Frau ist bedingt durch die herrschende Sexualmoral der bürgerlichen Gesellschaft und wird durch die christliche Kirche noch verstärkt. Manifestiert hat sich diese Sexualmoral in der Institution der Ehe, die, wenn auch weniger ausgeprägt, auch die sexuelle Unterdrückung des Mannes erzwingt. Der Weg in die Ehe wird den Kindern durch die autoritäre, in die Gesellschaft integrierte Familie vorgezeichnet.

Die Unterdrückung der Sexualaufklärung, insbesondere in bezug auf Verhütungsmittel, trägt wesentlich dazu bei, daß das Mädchen sich sexuell passiv verhält und voreheliche Beziehungen ablehnt — das Ideal des Mädchens, das unberührt in die Ehe geht, ist auch heute noch weit verbreitet. Diese sexualfeindliche Erziehung führt dazu, daß die Ehe als Institution, die eine schrankenlose Befriedigung der sexuellen Bedürfnisse verheißt, akzeptiert und angestrebt wird. Das jedoch ist eine These, deren Unhaltbarkeit sich in der Ehe mehr oder weniger schnell erweist:

Die sexuelle Lust und Befriedigung geht in der Ehe allmählich oder auch schnell zurück. Nach einer Weile erscheinen den Eheleuten andere Partner sexuell anziehend, doch die bürgerliche Moral verbietet ihnen, dieser Lust nachzugehen. Die Angst vor der Neugier der Nachbarn und vor der Mißgunst der Gesellschaft veranlaßt die Ehepartner, ihre außerehelichen sexuellen Bedürfnisse zu unterdrücken.

Mutterschaftsideologie

Bei der Frau ist ein solcher „Seitensprung“ noch zusätzlich erschwert durch die ihr anerzogene und mit der Zeit verinnerlichte Mutterschaftsideologie. Die biologische Tatsache, daß bei der Fortpflanzung der Mann das Kind zeugt, während die Frau es gebärt und zunächst stillt, ist von der bürgerlichen Gesellschaft dahingehend ausgenutzt worden, daß der Frau die ihr „natürliche“ Aufgabe der Aufzucht und Erziehung der Kinder in erster Linie aufgebürdet wurde. Akzeptiert die Frau diese Rolle als ihr „wesenhaft“ und „naturgemäß„, so begibt sie sich — bedingt durch das Aufgeben der Erwerbstätigkeit — in die vollständige Abhängigkeit vom Mann und muß ihre sexuellen Bedürfnisse einschränken.

„Die bürgerliche Ideologie der ‚Mutterschaft‘ entlarvt sich als Pervertierung des Wunsches des Menschen ... nach Kindern: die Empfängnisfähigkeit der Frau und ihr Sexualtrieb werden rücksichtslos dazu mißbraucht, sie in die Ehe und in die Abhängigkeit vom Mann zu bringen.“[3]

Das Ausbrechen aus der bürgerlichen Ideologie der Rollenverteilung zwischen Mann und Frau ist schwierig, individuell sogar fast unmöglich. Was nottut, ist gemeinsame Arbeit aller an wirklicher Gleichberechtigung interessierter Frauen und Mädchen zur umfassenden Aufklärung über das patriarchalische Dogma und bürgerliche Ideologie. Der gemeinsame Kampf für gemeinsame Ziele muß endlich organisiert werden! RZ-E

1) Ziegler, Das natürlich Entscheidungsrecht des Mannes in Ehe und Familie. Hdb. 1958, 2) Urs Jaeggi, Die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft; in: Nachwuchsförderung. April 1965, S. 7.
3) Dietrich Haensch, Repressive Familienpolitik. Rororo 1969, S. 54 f.

Uni-Sprungbrett

Geht man von der Tatsache aus, daß die weiblichen Studierenden an der RUB etwa ein Fünftel der gesamten Studentenschaft ausmachen, so erhebt sich die Frage, was die Vertreterinnen dieser universitären Minderheit bewegt, ein Hochschulstudium zu beginnen.

An der grundsätzlich nächstliegenden Möglichkeit, nämlich dem Ziel eines Hochschulabschlusses, kommen dem Betrachter schnell gewisse Zweifel, wenn er das Verhalten der Kommilitoninnen kritisch betrachtet. Das große Zweifeln beginnt spätestens beim Betreten der Caféteria; schnell gewinnt man den Überblick über das aktuelle Winter-Make-up Marke „Brigitte“, die modischen Farbkombinationen „Für-Sie“, die neueste Frisur zur Maxi-Mode nach „Petra“.

Die reizend aussehenden Rivalinnen beherrschen sämtliche Regeln des Spiels „Wie angele ich mir einen Akademiker?“ Neben einigen Investitionen für das gepflegte Äußere (siehe oben), die absolut notwendig sind, um Interessenten anzulocken (es ist günstig, sich ein persönliches modisches Image wie „sportlich“ oder „elegant“ zu geben), ist es zweckmäßig, an bestimmten Orten zu bestimmten Zeiten zu erscheinen.

Hier kommen die zeitlich fixierten Vorlesungen, Seminare, Übungen günstig gelegen; nach einer gewissen Lernperiode am Anfang des Semesters weiß jeder Student, wann bestimmte interessante Frauen wo anzutreffen sind. Auch Bibliotheken eignen sich zum Kontakteknüpfen vorzüglich; nach einem einleitenden, fachlichen Gedankenaustausch ist es leicht möglich, dem Gespräch in der Caféteria, wo man sich kurz von den Anstrengungen der geistigen Arbeit erholt, einen persönlicheren Aspekt zu verleihen.

Resümee des ganzen Spektakels: Wozu ein Hochschulstudium zur Bildung einer selbständigen Persönlichkeit nutzen, wenn es gleichermaßen die Möglichkeit bietet, den akademischen und damit finanziell gesicherten Hafen der Ehe anzusteuern? Bärbel Bolmes

Politische Arbeit und Frustration

die situation der politischen gruppen an der rub ist beschissen: höchstens 200 studenten sind in politischen hochschulgruppen organisiert. davon sind ca. 75 karteileichen, es bleiben 125, die regelmäßig tagen, und von denen sind es auch wiederum 50, die „die richtlinien der politik“ bestimmen.

Die STUDENTISCHE POLITIK AN DER RUB WIRD VON NICHT MEHR ALS 50 LEUTEN GEMACHT!!

diese fünfzig leute haben viel zu tun: sie müssen — wie gesagt — die eigentliche politische richtung machen, sie grenzen sich ideologisch von anderen gruppen ab, sie nehmen zu aktuellen ereignissen im namen ihrer gruppe stellung, sie organisieren aber auch veranstaltungen, die über den rahmen der gruppe hinausgehen: teach-ins, go-ins etc.

aber nur relativ wenige studenten fühlen sich von diesen veranstaltungen angezogen, warum?

AUF DIESEN VERANSTALTUNGEN REDEN IMMER DIESELBEN LEUTE, VON DENEN MAN SCHON IM VORAUS WEISS, WAS SIE SAGEN.

man kann es den politisch nichtorganisierten studenten, die auf irgendeine studentische großversammlung gehen, nach drei stunden an der nasenspitze ansehen: SIE SIND FRUSTRIERT!

frustriert von dem ganzen zeug, mit dem sie 1/8-tag lang bombardiert worden sind. sie haben 3/4 der diskussion überhaupt nicht verstanden! die folge: sie gehen nicht mehr auf versammlungen etc.

es ist ein teufelskreis: je weniger unpolitische studenten da sind umso mehr wird ideologisiert, und je mehr ideologisiert wird, umso weniger studenten kommen ...

darum kommt massenhaft zu veranstaltungen und redet euch da eure vorstellungen und PERSÖNLICHEN PROBLEME von der seele und laßt nicht immer nur dieselben reden! nur so werden wir weiter kommen!

Ähnliches gilt auch für die konkrete gruppenarbeit: **einige studenten kommen mal zu einem gruppenabend, um sich zu informieren, wie es da zugeht: SIE ERLEBEN EINE FRUSTRIERENDE DISKUSSION ZWISCHEN FRUSTRIERTEN FUNKTIONÄREN!** die Studenten sagen sich deshalb: „NÄ, da gehn wir NICHT MEHR HIN, das ist ja entsetzlich frustrierend und es kommt ja AUCH GAR NICHTS DABEI HERUM!!!“

fazit: die gruppenarbeit bleibt funktionären überlassen, die nicht einsehen, daß sie allein und ohne die Basis sind und darum auch nichts ändern können.

so kann es nicht länger weitergehn! **ihr, die studenten, müßt endlich politisch aktiv werden, wenn uns die kultusbürokratie nicht endgültig auffressen soll!!** dazu müßt ihr euch massenhaft organisieren, egal wo (hauptsache links), damit die studentische hochschulpolitik endlich wieder eine politik der basis wird und bleibt!

brecht die macht der funktionäre! vertretet eure interessen und setzt diese GEGEN GOTT UND DIE WELT DURCH, verdammt noch mal!!! Axel Jost

Schweizer Frauen

zuerst traf der unselige boom die kommunisten, dann das spd-deutschland und nun auch die schweiz: die frau soll dem manne gleichgestellt werden!

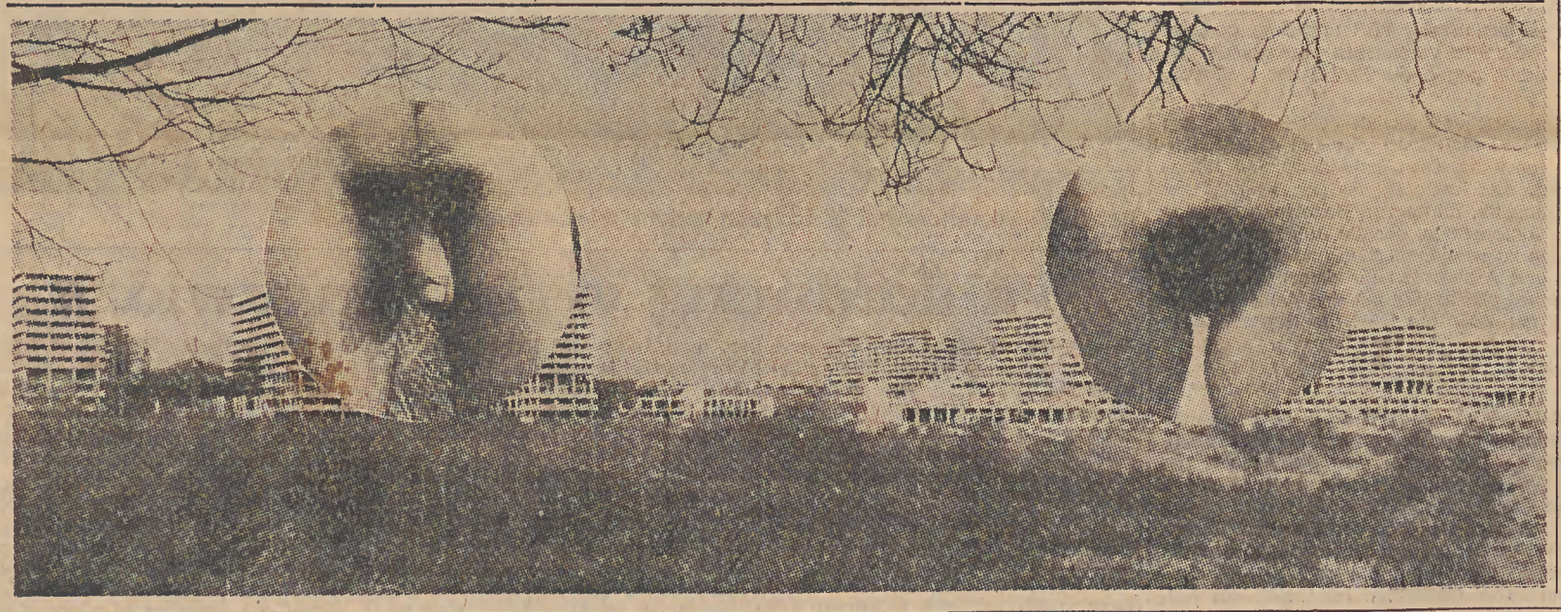
man erinnere sich: die schweiz ist seit eh und je das friedliebenste land, das man sich vorstellen kann. kein wunder, denn männer machten die politik alleine, und, wie jeder weiß, sind männer klug und gerecht und vor allen dingen nicht so leicht beeinflußbar und von ihren gefühlen abhängig.

denn während der mann allein seinem verstande vertraut, handelt die frau rein gefühlsmäßig: der mann entscheidet bei wahlen nach dem rechten programm der partei, die frau nur nach dem äußeren des zu wählenden.

darum waren frauen schon immer — und sind es noch heute — am herd besser aufgehoben als auf der politischen versammlung.

das unselige wort von der emanzipation geht um, und die unberechenbaren frauen gehen daran, die natürliche und gottgewollte stellung des mannes — auch in der schweiz — zu untergraben.

der schrecklichste der schrecken — das weib in seinem wahn — ist los und wird so leicht nicht zu bremsen sein. fürchtegott knilch



Emanzipationsgruppe

Kann eine Studentinnen-Gruppe dazu beitragen, die Emanzipation der Frau voranzutreiben??? —

Wehmütig erinnert man sich an den SDS-Weiberrat von 68/69 — der allerdings:

1. **nur unter Ausschluß von Männern** tagte (weil sie sonst nicht frei sprechen könnten);
2. leider dazu überging, als Voraussetzung für die Emanzipation sich erstmal in marxistischer Politökonomie zu schulen (ist zwar sehr wichtig, aber warum das als „Weiberrat“?);
3. daher nie irgendwie wirksam an die Öffentlichkeit treten konnte — die Aktivitäten verliefen sich in einer in-group, die dann aus weiß was für Gründen einschlief.

Hier soll nicht vorgegaukelt werden, daß diese Fehler leicht überwunden werden können und daß durch einen neuen Weiberrat eine machtvolle Emanzipationsbewegung an der RUB entstehen kann.

In der heutigen politischen Situation darf eine Emanzipationsgruppe sich nicht auf systemimmanenten Reformismus beschränken, da hiermit sofort der Anspruch auf Verwirklichung der Ziele aufgegeben würde.

Das Problem der Emanzipation der Frau darf sich nicht weiterhin wie schon seit Generationen in einem elitären Zirkel intellektueller Weibchen abspielen, sondern muß den in Haushalt oder Beruf hilflos isolierten Frauen nähergebracht werden. Die Emanzipationsgruppe darf also weder als Elite noch als Avantgarde auftreten, sie muß sich — auch unter Berücksichtigung ihrer späteren beruflichen Lage — für ihre resignierten oder uninformierten Geschlechtsgenossinnen einsetzen.

Ihre Arbeit darf sich nicht darauf beschränken, verbal-onanistisch die Emanzipation der Frau, besser noch: die Vernichtung der Männer zu fordern (wie Solanas). Es müssen konkrete Vorschläge und Aktionen gemacht werden, die eine Emanzipationsbewegung vorbereiten könnte: für längere und qualifiziertere Berufsausbildung von Mädchen; für Gleichstellung des Mannes im Haushalt („Hausmann“!); gegen Leichtlohngruppen und Ausbeutung der Frauen in Beruf und Familie, gegen sexuelle Unterdrückung ... und vor allem: gegen das anti-emanzipatorische Verhalten dieser eingebildeten Männer.

Sie studieren tatsächlich noch immer. Sie wissen ja, was das für Folgen hat: Sie verlieren das beste, was Sie haben: Ihre Fraulichkeit, Sie Blaustrumpf!

Emanzipation -?

lieber wolfgang
du sagst beim anblick
vieler mädchen verginge dir
die lust auf die liebe
lieber wolfgang
aber vielen mädchen
vergeht auch bei deinem anblick
die lust auf die liebe
trixi neumann

Es reicht einfach nicht aus, wie VALERIE SOLANAS in ihrem Buch SOCIETY FOR CUTTING UP MEN (Gesellschaft zur Vernichtung der Männer) — MÄRZ — vorschlägt, alle Vorurteile der Männer gegenüber den Frauen konsequent umzudrehen und die Männer als tierische Bums-Idioten darzustellen.

Damit sich die an solcher Arbeit interessierten Studentinnen überhaupt treffen, sollen sie sich mit dem AStA in Verbindung setzen.

Kontaktraum

Den von Peters in seinem Artikel „Homosexuelle an der RUB“ in der letzten BSZ geforderte Kontaktraum für Homosexuelle wird der AStA in der nächsten Woche in Baracke II zur Verfügung stellen.

Verantwortlich:
Erich Eisel SHB
Michael Holzach SHB

GEMISCHTBELEGUNG EIN POLITIKUM!

Die Studenten des Pariser Vororts Nanterre hatten es satt, täglich Eingriffe in ihre intimsten Lebensbereiche hinzunehmen und mit Kündigungen rechnen zu müssen, nur weil sie die Nacht mit ihren Freundinnen oder Freunden zugebracht hatten.
Und deshalb packten sie eines Nachts im April '68 ihre Koffer und zogen einfach um: Studenten in das Heim für Studentinnen — und Studentinnen in das Heim für Studenten.
Am nächsten Tag alarmierten die Heimleitungen die Polizei, es kam zu Prügeleien und was daraus erwuchs war nichts weniger als die französische Studentenrevolte des Mai 1968.

Zu Beginn letzter Woche fand dasselbe in Marburg statt — nur, die Herrschenden haben gelernt, haben nicht die Polizei geholt und alles so gelassen wie es die Studenten wollten.

Die tolle Lydia

Das heißt, die Herrschenden Marburgs haben gelernt; — nicht so in Bochum. Da gibt es z. B. ein Studentenheim mit Namen „Hegge Kolleg“. Träger ist die Hegge-Gemeinde mit Sitz in Paderborn. Nach Auskunft der Frau Oberin, Lydia Blank, die dort das Sagen hat, ist die Heggegemeinde eine „pia unio“. **Wen wunderts dann schon, daß Oberin Lydia eine Hegge-Bewohnerin rausklagen wollte, nur weil diese mit ihrem Verlobten im Heim eine ganze Nacht zugebracht hat.**

Bemerkenswert bei dieser Geschichte ist, daß das Gericht die Klage als unbegründet zurückgewiesen hat.

Die Moral des Baurat Brosche

Die Kommilitonen des Staatlichen Studentenheimes versuchten es auf die legale Art, die Gemischtbelebung einzuführen und beantragten eine „Nutzungsänderung in der Belegung“ beim Bauordnungsamt der Stadt.

Oberbaurat Brosche belehrte die Anträger, daß „die Planung und Errichtung der Gebäude ... bezüglich der sanitären Einrichtungen ausschließlich für die nach Geschlechtern getrennte Benutzung (erfolgte)“ — „gemäß § 52 (1) und (8) der Bauordnung“!

Kern der Ablehnungsbegründung war der Hinweis, daß „die Aborte nach den Geschlechtern getrennt“ zu sein hätten. Das AKAFÖ erklärte sich bereit, die Flure zwar gemischt zu belegen, die Benutzung der Aborte der einzelnen Flure abwechselnd nur jeweils einem Geschlecht zu gestatten. Dies wurde auch abgelehnt.

Der eigentliche Grund für die Ablehnung des Antrages führte Junggeselle Brosche jedoch am Ende seines Schreibens an: „Dieser Vorschrift (betr. § 52) liegen nicht nur Gründe des Gesundheitsschutzes zugrunde, sondern ebensosehr solche zum Schutze von Anstand und Sitte und des Schamgefühls.“

Das Bauordnungsamt hatte „gegen die Belegung einzelner Etagen, getrennt nach männlichen und weiblichen Benutzern, keine Bedenken“, obwohl die Wohntürme über keine getrennten Treppenhäuser oder, was eigentlich aus Gründen des Schamgefühls dringend erforderlich wäre, über keine getrennten Fahrstühle verfügen.

Und das wird nun ab sofort geschehen. Bestimmte Etagen des Staatlichen Studentenheims I werden peu a peu an Mädchen vermietet, wenn ein Bewohner kündigt. Es kommt also in Kürze zu einer „gemischten“ Übergangszeit, die es zu nutzen und zu erhalten gilt.

RICHTIG – WICHTIG

HSCHRG-ENTWURF DURCHGEFALLEN!

bonn. das länderparlament verwarf am 29. 1. leussinks hochschul-„reform"-konzept: man billigte ca. 50 von den bundesratsausschüssen vorgelegte änderungsvorschläge.

auch sonst war allerhand los: **bayerns kultushüter hans maier wandte sich gegen das imperative mandat der gruppenvertreter in den kollegialorganen der hochschule und auch gegen die im regierungsentwurf beibehaltene verfaßte studentenschaft.**

kumi vogel aus rheinland-pfalz und baden-württembergs filbinger forderten eine stärkere verankerung der freiheit von forschung, lehre und studium.

KEINE PREUSSEN IN BAYERN

münchen. das gesetz über die zulassung an bayerischen hochschulen, welches am 21. 1. auch vom rechts- und verfassungsausschuß des bayerischen landtags als „verfassungskonform" bezeichnet worden war, zoigt die erschten bossitifen auswirrgungen: **nach mittellungen der TU-münchen begannen im ws/70/71 908 bayern und 104 deutsche ihr studium dortselbst.**

stein und rote zellen

berlin. wissenschaftssenator stein rief in der letzten woche alle mitglieder der fu auf, ihre vorlesungen entweder abzuhalten oder zu besuchen: doch kaum einer kam; der streik, zu dem die roten zellen in der freien univergsität aufgerufen hatten, wurde durchgeführt, so daß ca. 80 Prozent der lehrveranstaltungen ausfielen, teils weil sie gestört wurden, teils weil sie die professoren von vornherein absagten.

fu-präsident kreibich versuchte wie üblich zu vermitteln, doch gedankt wurde es ihm von keiner seite: die roten zellen beschuldigten kreibich, er versuche den streik zu unterlaufen, die cdu-fraktion des abgeordnetenhauses warf kreibich vor, lernwillige studenten hätten wohl keinerlei Hilfe zu erwarten. die cdu forderte, daß sich stein einschalten und das chaos beseitigen solle.

maier macht eigenes hschg.

münchen. bis zum st. nimmerleinstag könne er nicht mehr warten, meinte bayerns maier, und wenn sich die verabschiedung des hschrg. — geplant ist juli — noch weiter verzögere, müsse man sich was einfallen lassen, kurz, man will das sogenannte „vorschaltgesetz", das den baerischen hochschulen ein „effektives" arbeiten vor inkraftsetzung des hsch-gesetzes erlauben soll, doch noch einführen.

maiers vorgänger huber hatte schon einen entsprechenden entwurf ausgearbeitet, den maier noch „verbessern" will: **maier betonte, die professoren müßten in den selbstverwaltungsgremien die mehrheit haben; die drittelparität lehnte der kultusminister strikt ab.** während die csu „einmütig und geschlossen" hinter dem parteilosen maier steht, meinte die spd, maier habe „eine schwache vorstellung" gegeben.

HSCHRG IN 1. LESUNG

bonn. vermutlich ende märz wird das hschrg in die erste lesung des bundestages gehen.

harte kritik ernteten die änderungswünsche des bundesrates nicht nur von studentischer seite: der vorstand der gew (gewerkschaft erziehung und wissenschaft) erklärte, daß der bundesrat mit seinen änderungen noch weit hinter dem sowieso unbefriedigenden regierungsentwurf zurückgeblieben sei: dem bundesrat gehe es offenbar darum, der staatlichen bürokratie einen starken einfluß auf die hochschulen durch das gesetz zu sichern. auch die wrk (westdeutsche rektorenkonferenz) bedauerte die änderungen: damit werde die reform an den hochschulen blockiert.

die bak (bundesassistentenkonferenz) erklärte, daß durch die änderungen das gesetz nur weiter verwässert und verschlechtert würde.

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

CLEARINGSTELLEN – neue Variante der Formierung

Immer mehr werden konkrete Maßnahmen zur Errichtung von Clearingstellen, d. h. zentralen Studienplatzverteilungsverfahren, getroffen. Immer mehr verstärkt sich der Druck auf Hochschulen und Fachbereiche zur Unterstützung der Clearingstellen. Viele Studenten haben Illusionen über die Clearingstellen und haben die zentrale Bedeutung dieses Verteilungsverfahrens für die kapitalistische Bildungsplanung noch nicht erkannt.

Die Leussinksche Bildungspolitik schweigt sich über inhaltliche Reformen der Hochschule und des Studiums aus. Geplant sind nur quantitative Maßnahmen zur Erhöhung des Outputs an akademisch Ausgebildeten zur Anpassung der kapitalistischen Wirtschaft an die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution. Durch diese quantitativen Maßnahmen wird jedoch auch der Inhalt der Ausbildung bestimmt: Festlegung der Ausbildung auf geringes Niveau, Verhinderung von Mobilität und Disponibilität, Lenkung der Masse der Studenten in die Kurzstudienbereiche der Universitäten bzw. Umlenkung in andere Bereiche wie die geplanten Bundeswehrhochschulen.

Die dem gegenüber für einen breiten Ausbau des Bildungswesens und der Hochschulen erforderlichen Summen werden nicht durch den Haushalt bereitgestellt. Dennoch unausweichliche Mehrausgaben werden — etwa durch Sondersteuern — auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt. Alles kommt daher für die kapitalistische Bildungsplanung darauf an, den gegenwärtigen Mangel durch Optimierung der Kapazitäten so zu verwalten, daß der Ausstoß an Studenten erhöht wird und gleichzeitig der Studentenstrom nach dem kurzfristigen Bedarf der Monopole gesteuert und gelenkt werden kann.

Instrumente zur Berufslenkung

Die wichtigsten Instrumente dazu sind der Numerus Clausus und die Clearingstellen. Beim Clearingsverfahren (außer beim rein informativen ohne empfehlenden oder verbindlichen Charakter) ist die Angabe verbindlicher Kapazitäten notwendig. Da diese Kapazitäten nicht aufgrund von Hochschuldidaktik und den Anforderungen an ein wissenschaftliches Studium errechnet sind, sondern aufgrund der jetzigen hierarchischen Hochschulstruktur, verhindert solche Festlegung eine inhaltliche Studienreform.

Vor allem aber geben diese verbindlichen Zahlen dann den Kultusministerien die Möglichkeit der Einführung des Numerus Clausus ohne Mitbestimmungsmöglichkeiten der Hochschulen (s. § 56.2 HSchG — NRW). **Man kann also nicht mit den Clearingstellen gegen den Numerus Clausus kämpfen, die Clearingstelle ist vielmehr ein Instrument zur Ermöglichung einer vielseitigen und differenzierten Anwendung des Numerus Clausus: Lenkung von Studenten von einem Fach ins andere, auch innerhalb eines Faches Lenkung zu einem kürzeren Studienziel.**

Die Clearingstelle ist somit ein wichtiges Planungsinstrument innerhalb des kapitalistischen Verwertungsprozesses.

Daher auch die intensiven Anstrengungen der Ministerialbürokratie zur Absicherung der Clearingsverfahren und zur Ausschaltung von Widerstand dagegen. Das Hochschulrahmengesetz schreibt Clearingstellen auf Landesebene vor, die auch bundesweit zusammengefaßt werden können. Daneben bemüht sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz um die Einrichtung bundesweiter Clearingstellen auf Fachbereichs- bzw. Abteilungsebene.

Clearingverfahren in Nordrhein-Westfalen

Während des Sommersemesters 1970 hatte das Wissenschaftsministerium in Besprechungen mit Vertretern einzelner Fächer deren Bereitschaft zur Einrichtung von Clearingstellen erkundet. Anfang des Wintersemester 70/71 hielt das Ministerium die Lage für günstig, unter Ausschaltung selbst der geringen im Hochschulgesetz vorgesehenen Mitwirkungsrechte eine zentrale Clearingstelle zu oktroyieren. Es teilte den NRW-Hochschulen mit: **„Zum SS 71 soll im Lande NRW auf der Grundlage verbindlich festgelegter Aufnahmekapazitäten der Hochschulen ein zentralisiertes Bewerbungs- und Studienplatzverteilungsverfahren für Studienanfänger folgender Fachrichtungen durchgeführt werden:**

Mathematik, Physik, Biologie, Chemie, Geographie, Anglistik, Germanistik, Romanistik, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft, Elektrotechnik, Maschinenbau." Es lud die Hochschulen zum 10. 11. nach Düsseldorf lediglich ein zur Beratung der noch notwendigen organisatorischen Maßnahmen.

In dieser Besprechung wurde von den anwesenden Vertretern der NRW-Asten das undemokratische Planungsverfahren und die geheimgehaltenen Planungsziele aufgedeckt. Das Ministerium mußte zugeben, daß die Errichtung der Clearingstellen die technischen Voraussetzungen zur Durchführung eines Numerus Clausus in allen Fachrichtungen schaffen sollte.

Daraufhin wurde in der Besprechung vereinbart, daß die Hochschulen „unverzüglich eine Grundsatzentscheidung treffen, ob ein Verteilungsverfahren überhaupt gewünscht wird und welche Fächer dem Verfahren unterliegen sollten." Damit waren die zuständigen Universitätsgremien im allgemeinen in die Planungsvorgänge eingeschaltet.

Faillards Alleingang

Nur in Bochum wurde das zuständige Universitätsparlament nicht gefragt, da es z. Z. infolge der Machenschaften seitens des Rektorats und des Senats nicht tagen kann.

Die NRW-ASten beschlossen bei einem Treffen am 1. 12. in Köln die Ablehnung der Clearingstellen.

Bei der nächsten Besprechung im Wissenschaftsministerium **am 4. 12. waren Bochum und Bielefeld die einzigen, die für eine verbindliche Clearingstelle stimmten. WER HAT FAILLARD DIESEN AUFTRAG GEGEBEN?**

Das UP kann es nicht gewesen sein, da es nicht getagt hat. Der Senat hat versichert, von ihm sei ein solcher Auftrag nicht erteilt worden.

Legen Sie endlich die Karten auf den Tisch, Herr Faillard!

Bei den Besprechungen mit dem Wissenschaftsministerium hat die Universität Bochum, lt. Verfassung vertreten durch den Rektor, für eine verbindliche Clearingstelle votiert. Faillard hatte keinen Auftrag. Faillard wird sich auch nach dem Zusammentreten eines neuen UP kaum an Aufträge binden lassen. Der Kampf gegen diesen reaktionären Rektor muß jetzt mit allen Mitteln geführt werden!

Leserbriefe

Betr. KSB/ML auf der Demonstration

Als Nichtmitglied einer der studentischen Gruppen an der RUB möchte ich hier einmal Stellung nehmen zu der Demonstration am 28. Januar in Bochum gegen das Hochschulrahmengesetz, die von der ganzen Studentenschaft einheitlich getragen werden sollte.

Nicht nur für ein exponiertes SHB oder Spartakusmitglied, sondern für jeden Betroffenen d. HSchRGes war das irrelevante und demoralisierende Verhalten von Roten Zellen und KSB empörend und lächerlich zugleich.

Anstatt solidarisch-integrierend innerhalb der Demonstration gegen das HSchRGes mitzuwirken, versuchten Rote Zellen und KSB/ML die Demonstration umzufunktionieren und das HSchRGes zum Aufhänger einer Neuaufnahme ihres in der Bevölkerung längst vergessenen Kampfes zu machen.

So gelang es ihnen, den faschistischen Auftraggebern und Einpeitschern des HSchRGes in die Hände zu arbeiten.

Solch ein Ergebnis muß es zeitigen, wenn Söhne und Töchter von Groß- und Kleinkapitalisten ihren sterilen, jeglichem Bewußtseinsgrad der Bevölkerung fernen, Salonkommunismus betreiben.

In bezug auf den geringen Informationsgrad der Bevölkerung mußte das Verhalten dieses abgespaltenen Teiles der Demonstration auf die Bevölkerung völlig unverständlich wirken. Dieses Unverständnis mußte aber bei dem einfachen, gesunden Urteilsvermögen dieser kapitalistisch-manipulierten Bevölkerung zu der Annahme führen, hier spiele sich nichts weiter ab, als ein Happening bzw. eine Show.

Dieses Abweichen vom Protest gegen HSchRGes und Brüllen von zackigen Parolen entzog gegenüber der Bevölkerung den ernthaften Eindruck der Demonstration und erhöhte den Eindruck, KSB/ML und Rote Zellen seien nur aus vergnügungstechnischen Gründen anwesend, wie ja auch die Show, die sie abzogen jeden ernsthaften Hintergrund in der Bevölkerung vermissen läßt. Daß Stalin etwa mehr Ablehnung als Sympathie hervorruft und ebenso Parolen, die seinen Namen beinhalten, kann nur dem entgehen, dessen Horizont nicht über die bürgerliche Welt seines Elternhauses bzw. dem intellektuellem Ghetto seiner Uni hinausgeht.

Dadurch verfehlte KSB/ML seine Wirkung auch nicht auf die teilnehmenden 12-17jährigen Schüler, aus denen sich die Masse des roten Teiles der Demonstration ja auch zu ca. 70 Prozent zusammensetzte, wie ich mich selbst überzeugen konnte.

Das einzige Ergebnis, welches die Kurzsichtigkeit von KSB/ML und roten Zellen zeitigte, war also, daß die Bevölkerung gar nicht mehr recht aufnehmen konnte, wogegen eigentlich demonstriert wurde.

KSB/ML und rote Zellen haben also gründlicher gearbeitet, als es Gegendemonstrationen der Aktion Widerstand oder faschistische Polizeiknüppelstrategie jemals vermocht hätten.

Wer sich aber so verhält, daß er für einen Arbeiter völlig unverständlich wirkt, ja durch sein Verhalten bei diesem sogar noch Abneigung hervorruft, der kann ja einen solchen noch nie aus geringerer Entfernung gesehen haben. Dann aber Kommunismus zu betreiben ist steril, reine Vergnügungssucht und für Studenten ebensowenig überzeugend, wie auf Arbeiter.

Konsequent in diesem Sinne war es dann natürlich, das durch das HSchRGes anstehende sechssemetrige Idiotenstudium durch ein solches Verhalten zu fördern.

Derjenige, der sich darüber ernsthaft Gedanken macht, ist sich darüber im Klaren, daß er, nach eventueller Verabschiedung des HSchRGes, Studium, so wie wir alle es verstehen, nur noch im Ausland betreiben kann. Wenn sie mich allerdings fragen, wo, so kann ich ihnen versichern, daß an geeigneten Ländern kein Mangel bestehen wird. Selbst in Franco-Spanien werden sie nach Verabschiedung des HSchRGes noch ein intensiveres Studium betreiben können.

Daß dieser Kampf gegen das HSchRGes unsere existentielle Wurzel und daher unsere Solidarität erfordert, scheint unseren Sterilkommunisten an der RUB allerdings noch nicht aufgegangen zu sein.

Vielmehr scheinen sie anzustreben, ein solches Studium zu betreiben, da sie alle Maßnahmen dagegen zu blockieren bemüht sind, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß sie, bei der Bürgerkindern gemäßen Verwurzelung in Blut und Boden, mit dem Gedanken spielen, auszuwandern.

Deshalb möchte ich hier die Forderung an KSB/ML und Rote Zellen anschließen, endlich aus ihrem Glashaus herauszukommen, nicht mehr länger dem Großkapital in die Hände zu arbeiten und sich dem Kampf gegen das HSchRGes auf der Basis ernsthafter Maßnahmen anzuschließen, denn hier wie überall müssen unsere studentischen Organisationen die Träger des Kampfes sein.

Werner Buchholz (stud.-phil.)

Betr. Sigam-Info

Einige Anmerkungen zu dem in der letzten BSZ erschienen Artikel über das Unternehmensspiel „Sigam" scheinen mir nötig zu sein, zum richtigen Verständnis der herausgegebenen INFOs. Hätte Herr Bender sich etwas gründlicher um die Voraussetzungen und den Zweck des von ihm abgedruckten INFOs gekümmert, hätte er leicht erkennen können, daß dabei keine ideologischen Interessen im Vordergrund standen, sondern daß es tatsächlich allein darum ging, das Spiel interessanter zu gestalten.

Eine Woche später (vor Erscheinen der BSZ) erschien ein weiteres INFO, das mitteilte, daß die Produktion nun wieder aufgenommen werden könne. Die Löhne seien um 20 Prozent gestiegen, wie die Gewerkschaft verlangt hatte.

Nun zu dem was Herr Bender nicht wußte: Im Verlauf des Spieles hatte sich herausgestellt, daß es relativ einfach war, die Unternehmen bei guten Gewinnen zu führen. Es mußten Hindernisse eingebaut werden, um das Spiel wieder interessanter zu gestalten. Ein solches Hindernis war der Ausfall der Produktion, der durch das 1. INFO realitätsnah begründet werden sollte.

Den Studenten wurde keinesfalls eine gewerkschaftsfeindliche Einstellung eingeimpft, sondern sie begrüßten sogar die neue Situation, die ihnen wieder eine echte Entscheidung abverlangte. Auch die folgende Lohnerhöhung wurde nicht den Arbeitern zuliebe „eingeführt", sondern nur, um die Kosten zu erhöhen und damit das Spiel interessanter zu gestalten.

T. Girgensohn

„Die Schallplatte"
Bochum
Hans-Böckler-Straße 21
Großes Angebot an Pop- und Jazz-Platten
viele Sonderangebote
große Importabteilung

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert

RENAULT

C. M. Schötteldreier
4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service
Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren – und tauschen nicht nur aus!

Klerus im Thaddenheim

Siehe, ich bin in euren Händen, ihr mögt es machen mit mir, wie es euch recht und gut dünkt.
(Jeremia 26, Vers. 14)

Die Erfüllung dieses Bibelwortes durch die studentischen Heimbewohner des Reinold von Thadden-Hauses scheint sich die Evangelische Landeskirche von Westfalen als Ziel für das Jahr 71 gesetzt zu haben. Die scheindemokratischen Maßnahmen der Klerikalbürokratie in Bielefeld und Bochum haben mit den Vorfällen um Pastor Schur, dem bisherigen Heimleiter, und stud. theol. Schliep, dem zukünftigen Heimleiter, ein Ausmaß erreicht, daß es dringend erscheinen läßt, die Öffentlichkeit über Form und Hintergrund zu informieren. Schließlich wurde das Thadden-Haus 1966 zu ca. 70-75 Prozent mit öffentlichen Geldern gebaut.

In den Richtlinien der Bundes- und Landesjugendpläne bezüglich der Mittelvergabe zur Errichtung von Studentenwohnheimen ist ausdrücklich ein Mitbestimmungsrecht der studentischen Seite bei allen das jeweilige Wohnheim betreffenden Angelegenheiten fixiert. Diese Bestimmung wird zwar formal seitens der Landeskirche anerkannt, inhaltlich jedoch zur schlichten Farce gemacht.

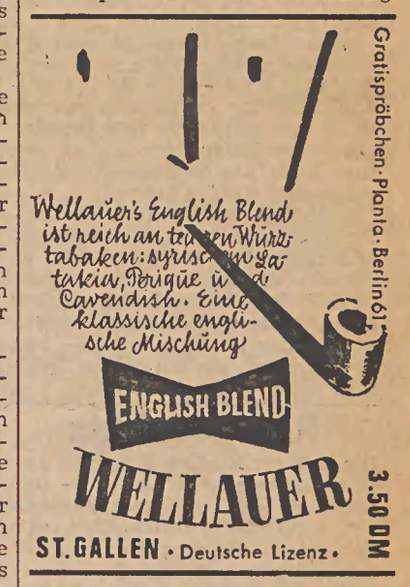
So werden zwar studentische Wünsche durch das Kuratorium qua Beschluß gebilligt, deren Ausführung durch das Landeskirchenamt bzw. Innere Mission als Verwaltungsstelle des Hauses aber nicht erfüllt bzw. erst nach Monaten und vielen Anmahnungen erreicht. So liegt die Ausführung von Kuratoriumsbeschlüssen aus den Jahren 67, 68 und 70 noch immer offen.

So wurde 1968 ohne weitere Bekanntgabe und Anhörung studentischer Vertreter ein neuer Heimleiter eingesetzt. 1969 wurden von oben neue Mietverträge ausgegeben, die durch einige Passagen die Wohnsituation wesentlich verschlechtert hätten. Erst nach der Ausgabe erfolgte eine Diskussion mit den Studentenvertretern, die aufgrund ihres heftigen Protests und unter Androhung rechtlicher Schritte eine Abänderung der kritischen Passagen erreichten. 1970 wurden Mieterhöhungen angekündigt, ohne daß die bisher oftmals geforderte Offenlegung der Wirtschaftsführung des Hauses vor den Heimbewohnern erfolgt wäre. **Vertröstungen seitens der Kirche scheinen nunmehr wenigstens den Effekt einer Solidarisierung der Heimbewohner in gemeinsamen Aktionen sicherzustellen.** Versprechungen über Versprechungen. Studentische Gegenargumente werden seitens des Heim- und Machtträgers Kirche dahingehend abgetan: **Wenn es denen nicht paßt, sollen sie sich doch woanders eine Bude suchen.**

Noch deutlicher aber werden die scheindemokratischen Gefechte der Kirche, wenn man einmal die dunklen Hintergründe um die Heimleiterstelle ins Licht setzt. Pastor Schur, 1968 ohne jegliche studentische Beteiligung ins Amt gesetzt, wurden bereits im Sommer 69 konkrete Vorwürfe bezüglich seiner Heimführung gemacht. Der ständig schwelende Konflikt zwischen Schur und studentischer Selbstverwaltung, der von der Landeskirche in den vergangenen zwei Jahren zwar zur Kenntnis genommen, aber nur mit Schweigen bedacht wurde, eskalierte im Oktober 70, als die Heimsprecherin endlich Zugang zu den Heimakten fand und in einer Dokumentation über 8 Seiten die Vorwürfe gegen Schur anhand von Fakten konkretisierte. Schur selbst hielt es auf einer Heimvollversammlung nicht für nötig, auf die Vorwürfe einzugehen.

Das Landeskirchenamt veröffentlichte erstaunlicherweise, ohne die Beteiligten an Ort und Stelle gehört und die Dokumente geprüft zu haben, eine Ehren- und Dankeserklärung für Schur, der zur Zeit sowohl Heimleiter als auch ganztägig beim Studienwerk Villigst beschäftigt ist. In Villigst wird Ehrenmann Schur ab 1. 5. 71 Leiter des überregionalen Studienwerks.

Nach den Protesten gegen die einseitige Amtseinführung von Schur wurde bereits 68 den Studenten eine Beteiligung an der Wahl eines neuen Heimleiters versprochen. Als diese Situation im Okt. 70 akut wurde, stellten sich zum entscheidenden Wahlgang die Kandidaten Schliep (3. Semester Theol.) und Schirmer (dipl. rer. soc., Doktorand und bereits 3 Jahre in der Heimleitung tätig) der Heimvollversammlung vor. Schirmer erhielt eine starke 2/3 Mehrheit der HVV. In der entscheidenden Kuratoriumssitzung im Jan. 71, an der das bereits ausgeschiedene Kuratoriumsmitglied Keusen und der nach vorangegangenem Kuratoriumsbescheid nicht stimmberechtigte Noch-Heimleiter Schur mit Stimmrecht teilnahmen, entschieden sich die kirchlichen Mitglieder mit 8 Stimmen gegen 3 Stimmen der studentischen Vertreter und (vermutlich) des Studentenpfarrers für Schliep. Argument von Landeskirchenrat Brinkmann: **Herr Schliep brachte im Gegensatz zu Schirmers „ideologiefreiem Wohnen" evangelische Ansatzpunkte in seiner Vorstellung.**



In einer darauf folgenden Unterschriftenaktion forderten 112 Heimbewohner Herrn Schliep auf, seine Wahl nicht anzunehmen, um so die Kandidatenliste neu eröffnen zu können. In einem auf die Tränen drückenden Plädoyer für sich selbst erkannte Sozialdemokrat Schliep zwar die Unmöglichkeit des kirchlichen Verfahrens an, wollte aber unter Hinweis auf seine persönlichen Schwierigkeiten (er hatte lediglich Wohnungsschwierigkeiten!) lieber das Amt annehmen. Nachdem es den Heimbewohnern zunächst nur auf das Verfahren angekommen war, ergab sich nach dieser jämmerlichen Vorstellung das Problem Schliep, der sich bereits bei dem ersten Konflikt zwischen Landeskirche und Studentenschaft mit fadenscheinigen Argumenten auf die Seite der Kirche schlug. **Auch das in dieser HVV herbeigeführte 2/3 Mißtrauensvotum der Heimbewohner und die Erklärung der studentischen Heimleitungsmitglieder, sie würden unter diesen Voraussetzungen nicht mit Schliep zusammenarbeiten, ließen Schliep von seiner Wahl durch das Kuratorium nicht Abstand nehmen.**

Schliep wurde übrigens von Theol. Professor Wolff, Doktorvater von Schur, für das Heimleiteramt vorgeschlagen.

Falls sich die studentischen Heimbewohner in Zusammenarbeit mit dem AStA und der Öffentlichkeit nicht mit allen Mitteln gegen die Ernennung von Schliep wehren, wird ab 1. Mai ein kirchenhöriger Mann im Thadden-Haus Heimleiter, der sich bereits in der ersten Konfliktsituation als unfähig erwiesen hat und der die klerikale Scheindemokratie, wie sie in diesem Artikel bezüglich des Thadden-Hauses verdeutlicht wurde, an entscheidender Stelle stützen wird.

Studentenpfarrer Dreier legte bereits konsequenterweise seine Kuratoriumsmitgliedschaft nieder.

dsr-Winterschlußverkauf!

Nur wenn Sie sich beeilen, können Sie noch einen der letzten Plätze bei unseren Skireisen buchen. Wir empfehlen: Campitello, Arabba oder Andalo in den Dolomiten, Lech oder Rauris in Österreich. Wochenreisen nach Prag zu verschiedenen Terminen mit voller Verpflegung und Kulturprogramm für DM 179,—

Holen Sie sich den gerade erschienenen Sommerprospekt 71 mit dem umfassenden Reiseangebot!

Studenten-Reisedienst Bochum

Baracke 8 neben der Mensa — Telefon 3993980

Studienkreis Film

Filmclub an der RUB

FERIENKINO I

— immer **mittwochs,** 18.00 u. **20.00** s. t. - HNA 600 —

17. 2. KEATON: EINER GEGEN ALLE USA 1919-1922
(Die Geistervilla, Im hohen Norden, Buster zieht um, Tagträume, Buster's Bunte Bühne)

24. 2. WIE MAN ERFOLG HAT, OHNE SICH BESONDERS ANZUSTRENGEN
How to succeed in Business without really trying
Komödie von David Swift, mit Robert Morse: Big Business tödlich verarscht.
USA 1966 Farbe CSc

3. 3. CHICAGO MASSAKER USA 1967 Farbe CSc
St. Valentine's Day Massacre
Gangster-Film von Roger Corman, mit Jason Robards

10. 3. DUELL IN DEN WOLKEN USA 1957 CinemaScope
The Tarnished Angels
Flieger-Film nach Faulkner's WENDEMARKE, von Douglas Sirk, mit Rock Hudson, Dorothy Malone, Robert Stack.

17. 3. LEICHEN PFLASTERN SEINEN WEG
Fr/It. 1968 Farbe CSc
Il grande Silenzio
Italio-Western von Sergio Corbucci, mit Jean-Louis Trintignant und Klaus Kinski

FORTSETZUNG FOLGT!

Ausschlußfrist

Für die Zwischenprüfung in Abt. 8 (Sowi) gibt es jetzt wieder eine ähnliche Zwischenprüfungsregelung wie in den letzten Semestern. Und diesmal gibt's auch richtige „Vordiplomzeugnisse"! (Wer noch einen der alten wertlosen. Wische hat, sollte ihn umtauschen.)

Doch diesmal versucht man die Leute auf andere Weise zu bescheißen: Man setzt Fristen für die Meldung zur ZP — diesmal 15. bis 19, 2.. obwohl nach der Diplomprüfungsordnung die Scheine „bis zum Ende des Semesters" (31. 3.) eingereicht werden können.

Laßt Euch nicht von der Kesting-Reaktion irreführen; das Prüfungsamt muß Eure Meldung auch im März noch berücksichtigen. Falls man Euch Schwierigkeiten machen sollte, wendet Euch an die Fachschaft oder an den AStA — dem Prüfungsamt werden solche Späßchen dann schon vergehen. ee

Rechtsschutz

Die Zeit für Rückmeldung und Immatrikulation naht wieder — und damit die Zeit für Korporierte, sich als „studentische Hilfskräfte" beim Sekretariat mehrere Hundert DM zu verdienen — bisher!

Denn einige korporierte Herren in der Univerwaltung (nicht nur Secl, Nelles und Vogl!) sorgten bislang dafür, daß ihre Schützlinge diese lukrativen Jobs kriegten.

Der AStA wird sich diesmal jedoch darum kümmern, daß diese Hilfskraftstellen gerechter vergeben werden und für alle Studentinnen und Studenten offen stehen.

Pornoklage abgewiesen

Drei ganze Jahre lang schwebte das Ermittlungsverfahren über Mitglieder des „Studienkreises Film" wegen eines Vergehens nach § 184 StGB (Aufführen des Filmes „Besonders wertvoll").

Jetzt endlich, nachdem der Film in Hamburg in zweiter Instanz freigekommen war und der Staatsanwalt seine Berufung (3. Instanz) zurückgenommen hatte, stellt die Staatsanwaltschaft Bochum das Verfahren ein.

Begründung: „. . . weil Ihre Schuld als gering anzusehen ist und ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung nicht besteht."

Man beachte die Formulierung: Obwohl Filmmacher Costard in Hamburg **freigesprochen** worden ist, schreibt die Bochumer Staatsanwaltschaft von „Schuld". b-i

Klatsch — Quatsch

wer zu später stunde ausnahmsweise mal in der uni zu tun hat, der weiß, wie gerne es die putzfrauen sehen, wenn man mit dreckigen winterstiefeln über die frischgemachten böden schlurft. um einer weiteren beschmutzung der uni vorzubeugen, erhält ab morgen abend jeder student ein paar stelzen, damit die uni so sauber wie möglich bleibt. „wer wie die studenten so gestelzt reden kann, der kann auch gestelzt gehen!" war der schlagfertige kommentar einer raumkosmetikerin.

die aufforderung „marx an die uni!" will der angesprochene herr nun endlich doch befolgen: karl marx wird seinen englischen ruhesitz verlassen und an der ruhr-uni einen vortrag über das thema: „dkp und kpd/ml, welche sind die besseren marxisten?" halten.

auch lenin will kommen. sein referat, das nur aus einem wort besteht, soll das thema mitbestimmung abhandeln. noch eine warnung an die trotzkisten: lenin könnte mit einem eispickel bewaffnet sein, also obacht geben!

das contrapunkt-lugbuch ist eingegangen, ihr braucht den contrapunkt jetzt also überhaupt nicht mehr zu kaufen.

schlimme nachrichten vom schweinezuchtverein der landwirtschaftlichen fakultät: alle mit mensa-kartoffeln gefütterten schweine sind eingegangen.

zu den hochschultagen sandte uns genosse goethe folgendes werk: „die bochumer hochschultage zeigten uns die hochschulplage, beantworteten die hochschulfrage". genosse goethe, du warst auch schon mal besser, trotzdem: weiter so!

was die verantwortlichen der frustrationsseite noch verheimlichen: in der nächsten ausgabe erscheint der packende bericht eines ruhrstudenten mit dem titel: wie ich einmal mit einem becher dobomil-joghurt schlief!

wer in geldnot ist, sollte sein glück bei dem schlör-getränke-automaten in IB/02 versuchen: drei groschen einwerfen, auf den geldrückgabeknopf drücken und das hemdchen aufhalten . . . sollten tatsächlich einmal getränke herauskommen: beschwerden nimmt jede schlördienststelle und auch unser redaktionsbüro entgegen.

Studentenheime im Mietkampf

Die heiße Phase hat schon begonnen! In der letzten Woche ist die Zahl der Heime, die Mieterhöhungen spätestens ab 1. 4. angekündigt haben, auf fünf gestiegen. Einige Träger sind geschickt genug, nach altbewährter Salamitaktik die Mieten nicht auf einen Schlag, sondern scheibenweise zu erhöhen.

Das Hegge-Kolleg und das Roncalli-Heim erhöhen ab 1. April um 7 bzw. 8 DM und im Herbst nochmal um einen etwa gleich hohen Betrag. Im Herbst werden dann die Kosten wieder so angezogen haben, daß das Jahr 72 sich kaum vom Vorjahr unterscheiden wird.

Thaddenheim und Haus Berlin (Träger Studentenwerk) erhöhen auf einen Schlag etwa um 15 bis 20 DM, wobei bei diesen Heimen zu sagen ist, daß die evangelische Kirche eher in der Lage sein sollte, ein Defizit zu tragen, als das finanziell arg bedrängte Studentenwerk. Beiden Trägern ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß die Finanzlage bis heute noch nicht offengelegt wurde. (Übrigens einer der Gründe, warum Hartmut Dreier seinen Sitz im Kuratorium des Thaddenheims niederlegte.)

Der Knüller

Den dollsten Klops aber leisteten sich die Anthroposophen: In ihrem 6eckigen Hardenbergheim sollen sich die Mieten um 50 DM erhöhen, von 115 auf 160 DM!! Ab 1. 4. 71 nun ist die Situation im Hardenbergheim eine ganz besondere. Die studentischen Heimsprecher haben durch Einsicht in die Bilanzen des Heimes feststellen können, daß die alte Miete die Kosten völlig deckte und daß die Erhöhung nur dazu dienen soll, die Abschreibungen und einen kostspieligen Anbau zu finanzieren. Wer schon mal im Hardenberg war, weiß wie anspruchsvoll man dort zu repräsentieren versteht.

Stoppt die Mietlawine!

Sind Mieterhöhungen also unabwendbar?

Keineswegs, denn in allen oben erwähnten Heimen ist die Mehrheit der Bewohner fest entschlossen, diesen periodisch wiederkehrenden Tanz nicht länger mitzumachen. Die Mieterhöhungen werden kollektiv boykottiert. Bei etwaigen Repressionen von seiten der Träger wird man es nicht mit einzelnen Sündern zu tun haben, sondern mit Mehrheiten, die stark genug sind, erfolgreich zu widerstehen.

Es ist klar, daß die Stoßrichtung des Mietkampfes (außer im Hardenbergheim und bei ähnlich stinkreichen Trägern) primär in Richtung Land zielt.

„Die Mieten müssen sozial vertretbar sein", diese Meinung der Landesregierung teilen auch wir. Ebensosehr muß dafür gesorgt werden, daß die Träger nicht im Sumpf von Schulden ersticken, denn ein solches Schicksal reizt potentielle Träger nicht besonders, ihrerseits Wohnheime zu errichten. Findet sich aber kein Träger, so stellt sich die Frage, wie die 28 000 Wohnheimplätze bis 1975 in NRW erstellt werden können.

Stärken wir also unseren Trägern den Rücken bei ihren schwierigen Verhandlungen mit Düsseldorf. m. h.

Wie soll man sich Karneval verkleiden?

wieder einmal rückt der karneval in bedrohliche nähe: knallkörper gehen in den vorlesungen los, die vergewaltigungen in der unibibliothek nehmen um 300 Prozent zu und die studentinnen fragen sich — wie alle anderen mädchen auch — was sie dazu anziehen sollen.

dieses jahr will die bsz (bochumer studentinnen zeitung) ratschläge für verkleidungen von IHR und IHM geben.

1. gehen sie als MARX und Engels. sie müssen sich dazu die nötigen requisiten (schnurrbart, wohnsitz in london etc.) besorgen. SIE muß als MARX und ER als ENGELS gehen (ein tip für SIE: suchen sie sich einen jungen, der friedrich heißt!). wenn sie auf parties gehen, dann lesen sie aus MEGA (marx-engels-gesamtausgabe) vor und treiben sie dadurch die stimmung auf den höhepunkt!

2. gehen sie als AUGE DES GESETZES. sie und ihr partner müssen sich dazu ein auge aus kunststoff basteln, das so dimensioniert sein muß, daß sie beide darunter platz finden können (vorsicht: Erstickungsgefahr!). besuchen sie damit die fêten des ksb/ml!

3. gehen sie als DIE OBEREN ZEHNTAUSEND.

ziehen sie sich ganz fein an, und nehmen sie einige produktionsmittel (küchenquirl, staubsauger etc.) in die hand. versuchen sie auf einer fête bei gunther sachs einen als DIE ARBEITERKLASSE verkleideten auszubeuten. viel spaß!

4. gehen sie als POLNISCHE WIRTSCHAFT. sie müssen sich dazu genauso verkleiden wie vor zwei Jahren, als sie als ROSA LUXEMBURG und KARL LIEBKNECHT gingen.

5. zum schluß noch ein spezialtip für IHN ALLEIN: gehen sie als DIE AXT IM HAUS.

vielleicht haben sie glück bei der asta-chefin renate ZIMMERMANN-eisel! (die axt im haus ersetzt den zimmermann . . .)

nach den drei tollen tagen heißt es dann aber wieder: MACHT AUS KARNEVALISTEN GUTE SOZIALISTEN!

WiWi-AG
jeden Dienstag, 17 Uhr
IB 3/83

In den Semesterferien tagt die Wiwi-AG um die Politik an der Abteilung zu diskutieren und um die Fachschaftsarbeit zu unterstützen. Jeder Interessierte kann teilnehmen!

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Neu:
Busfahrkarten aller Art

Kunst-Wochenende

man muß nicht immer nur fernsehen, man kann auch bilder angucken. übrigens: in museen sind oft die tollsten käfer anzutreffen.

stadt gladbeck museum, bis 28. 2.: lenk, mack, pfahler, uecker: siebdrucke, hochdrucke.

hagen, karl - ernst - osthaus museum, hochstr. 73, 20. 2. bis 21. 3.: tapisserie und textile objekte.

köln, kunstverein, josef haubrich hof 1, bis 7. 3.: plakate von piccasso.

köln, kunsthalle aao, bis 28. februar: max ernst: das innere gesicht.

mülheim, städt. museum, leineweberstr. 3, bis 28. 2.: meisterwerke aus dem museum in tours.

recklinghausen, kunsthalle, franz-große-perdekampstr. bis 28. 2.: heinz ridder: malerei und plastik der jugendwerkschule recklinghausen.

wattenscheid, rathaus, bis 14. 2.: werke wattenscheider künstler.

soest, wilhelm morgner haus, bis 28. 2.: gerhard hinz: lichtkinetische objekte.

solingen-ohligs, galerie alfermann, benratherstr. 36a, bis 31. 3.: graphik aus der cssr.

wuppertal-barmen, haus der jugend, geschwister scholl platz, bis 21. 3. eberh. fiebig: metallplastiken.

LESERBRIEF
Wie-der-stand

Betr.: „wie-der-stand" (BSZ Nr. 72)

Mit größter Empörung weise ich die BSZ-Meldung zurück, ich wollte meine Memoiren im Uni-Verlag unter dem Titel „wie-der-stand" herausgeben. Glaubt vielleicht die BSZ-Redaktion, sie könnte die Studenten mit einem retuschierten Foto auf der ersten Seite irreführen. Die Wahrheit ist, daß ich im Augenblick an einem umfassenden soziopolitischen Werk unter dem Titel: „wie der steht gegen Widerstand" arbeite. Die Arbeit wird im Selbstverlag erscheinen. Laszlo

Wer gibt Nachhilfe in Latein?
(Obertertia) Zu erfragen bei Schürmann und Klagges, Telefon 1 60 81, Apparat 94. Wohnung Bochum-Laer.

Übernehme Schreibarbeiten! Gut, preiswert, schnell! Angebote unter BSZ 111

Befreiung von der Krankenversicherung bis 14. Mai 1971

Studenten, die aufgrund eigener Pflicht- oder freiwilliger Mitgliedschaft bzw. als Familienangehörige Anspruch auf Versicherungsleistung der sozialen Krankenversicherung haben, können auf Antrag vom vollen Versicherungsschutz der DSKV befreit werden. Diesen Studenten gleichgestellt sind Studenten, die Anspruch auf Krankenversorgungsleistung nach dem Bundesversorgungsgesetz haben, d. h. Rentner sind.

Die Versicherung bei folgenden Krankenkassen wird für die Befreiung anerkannt: Die Ortskrankenkasse (AOK), Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK), Barmer Ersatzkasse (BEK), Innungskrankenkasse (IKK), Landeskrankenkasse (LKK), Kaufm. Krankenkasse Halle (KKH), Hamburg Münchner Ersatzkasse von 1826, Techniker Krankenkasse, Bundesknappschaft, alle Arbeiterersatzkassen und alle Betriebskrankenkassen.

Zur Antragstellung genügt eine Bescheinigung Ihrer Versicherung, aus der hervorgehen muß, daß der Versicherungsschutz bis zum 30. 9. gewährleistet ist. **Ohne diese Bescheinigung kann keine Befreiung vorgenommen werden.**

Die Befreiung von den DSKV-Beiträgen zum SS 1971 findet ab 1. Februar in der Baracke 8, Zimmer 3 statt. Öffnungszeiten Mo.—Fr. von 8.15 bis 12.30 Uhr und von 13.30 bis 16.00 Uhr. Die Befreiung von den DSKV-Beiträgen kann nach Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung über die Versicherung bei einer der o. a. Kassen auch dann noch erfolgen, wenn vorher der volle Semester-Sozialbeitrag in Höhe von 97,– DM gezahlt wurde. Es muß dann ein formloser Antrag auf Rückerstattung gestellt werden, der bei Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung der Krankenversicherung genehmigt wird. Letzter Einreichungstermin für den Antrag auf Rückerstattung bei der DSKV-Geschäftsstelle ist der 14. Mai 1971. **Diese Frist kann auf keinen Fall verlängert werden, da sonst die Auszahlung der Rückerstattungsbeträge zu lange verzögert wird.**

US VERKAUF
US VERKAUF
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee
H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 66939

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN *Hagemann* SÜDRING 20

Men like its flavor Women love its aroma
RUM and MAPLE PIPE MIXTURE
2.50
Gratismuster * PLANTA * Berlin 61

Was schenken?
geh zu
Karin's Boutique
Bochum, Kortumstraße 98
1000 Kinkerlitzchen warten auf Euch!

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr - Universität (Renate Zimmermann-Eisel, Robert Farle, Michael Holzach, Fred Blecher, Manfred Buhl.
Redaktion: Rainer Bender, Peter Schöttler, Axel Jost.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Auflage: 8000 Exemplare
Anzeigenleitung: Erich Eisel
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.

Kenner haben längst Dortmunder Kronen Pils entdeckt

SEIT 1729
DORTMUNDER KRONEN
Braukunst seit Generationen

FOTO NIGGEMEYER
Das vielseitige Fachgeschäft für die Amateur- und Berufsfotografie
463 Bochum - Luisenstraße 12-14 - Borgmannstraße 2
Telefon (0 23 21) 1 60 84 - Telex 8 25 709
FOTO- UND FILMFREUNDE
werden von uns aufmerksam betreut